

PRESSEDIENST

Kreisverband Essen

Joachim Drell

Kreisgeschäftsführer

Limbecker Str. 48-50

45127 Essen

Telefon: 0201 2476433

Telefax: 0201 2476430

E-Mail: kv@gruene-essen.de

Internet: www.gruene-essen.de

Datum: 6. September 2005

FDP will ESSEN finanziell ruinieren

Zum kürzlich vorgestellten Steuerkonzept der FDP erklärt der Essener Bundestagsdirektkandidat Mehrdad Mostofizadeh und finanzpolitische Sprecher der GRÜNEN

Die FDP hat endlich - knapp zwei Wochen vor der Wahl - ihr Steuerkonzept vorgestellt. Und wie nicht anderes zu erwarten, ist es ein Paradebeispiel für soziale Ungerechtigkeit. Die Steuersätze werden gesenkt und Steuervergünstigungen für Arbeitnehmer und kleine Einkommen abgeschafft. Die FDP will den Sparern an den Geldbeutel. Zinsen werden ab dem ersten Euro besteuert, denn der Sparerfreibetrag wird wie im Modell Kirchhof völlig gestrichen.

Besonders bedenklich ist es, dass die FDP die Kommunen ruinieren will. Die Gewerbesteuer als sichere Einnahmequelle der Kommunen wird abgeschafft und zu Lasten der Einkommensteuerepflichtigen den Freiberuflern und Arbeitnehmern sowie durch einen erhöhten Anteil der Kommunen am Umsatzsteueraufkommen ersetzt. Für Essen wäre von einem nicht kompensierbaren Einnahmeausfall von mehr als 250 Millionen Euro auszugehen, das wären 20% der Gesamteinnahmen. Die vermeintliche Gegenfinanzierung durch einen kommunalen Hebesatz bei der Einkommensteuer wird nur zu erhöhtem Verwaltungsaufwand und zur Abwanderung Gutverdienender ins Umland führen. Die FDP entlastet letztlich starke Kapitalgesellschaften und

belastet alle Einwohner der Kommunen und den Mittelstand. Das wollen wir nicht.

Wir GRÜNEN wollen leistungsfähige Städte, die wieder in Schule und Bildung investieren können. Die Bildungsangebote für sozial Schwache anbieten kann und über eine kommunale Infrastruktur verfügt, die die Menschen zum Leben in der Stadt einlädt. Wir wenden uns entschieden gegen eine Politik des doppelten Kahlschlags - denn nur Reiche können sich arme Städte leisten.

Die Stadt Essen braucht daher verlässliche Einnahmen, um ihre Aufgaben erfüllen und in die öffentliche Infrastruktur investieren zu können. Die GRÜNEN halten deshalb an der Gewerbesteuer fest und wollen sie zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiterentwickeln. Gewinnunabhängige Elemente wie Zinsen, Mieten und Pachten müssen stärker einbezogen werden, um die Einnahmen der Kommunen zu verstetigen.

Nachfragen richten Sie bitte an Mehrdad Mostofizadeh.

Mit freundlichen Grüßen
Joachim Drell